



administrative Regierung Freistaat Preußen  
über Zentralverwaltung Freistaat Preußen

Poststelle Auswärtiges Amt Freistaat Preußen

Bundeskriminalamt  
BKA Präsident Herr Jörg Ziercke  
Thaerstraße 11  
65173 Wiesbaden  
Tel.: +49 (0)611 55-0  
Fax: +49 (0)611 55-12141  
zur Strafverfolgung und Weiterleitung an zuständige Bundesbehörde

**Betrifft: Anordnung des obersten Souverän nach Staatsrecht und Strafrecht des Freistaat Preußen**  
Rechtstand 18. Juli 1932, Verfassungsstand 30. November 1920 und nach Völkerrecht [Artikel 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949] gegen die Geschäftsführerin der privaten Firma NRW, sich als Ministerpräsidentin ausgebende Frau Hannelore Kraft und den sich als Erzbischof von Köln ausgebenden Herrn Rainer Maria Woelki wegen offenkundigem Wahlbetrug, Regierungsbetrug, Landesverrat und Hochverrat gegen das Volk des Freistaat Preußen und den Völkern der anderen Bundesstaaten, die ganz offenkundig und offiziell bis heute und unverjährbar durch das [Grundgesetz Artikel 116 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai] mit allen völkerrechtlichen Verträgen fort bestehen und deshalb auch gegen die private Firma Bundesrepublik Deutschland wegen der illegalen Übertragung trotz fehlender Legitimation von fremden Staatsrechten auf Privatfirmen wegen Friedensverrat, da diese von den Alliierten eingesetzte Verwaltung offenkundig verpflichtet war, den mit der angestrebten Zielsetzung des Friedensvertrages originalen völkerrechtlichen Zustand wieder her zu stellen.

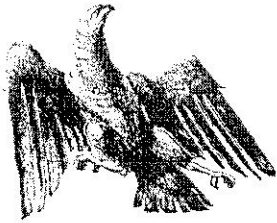
Das ist auch Hochverrat der Länder gegen den Bund, Täuschung im internationalem Rechtsverkehr und aller weiteren nationalen und internationalen Straftaten, wegen der durch diese Organisationen angewiesenen Leugnung der Existenz des Freistaat Preußen, laut den auch Ihnen dazu bereits in vielfacher Form vorliegenden Straftatbeständen, deren Strafverfolgung die Zivilbevölkerung in öffentlich rechtlichem Interesse fordert.

Sehr geehrter Herr Ziercke,

als Anlage erhalten Sie die ausführliche Darlegung der Straftaten, welche nun unverzüglich zu verfolgen sind.

Zur wissentlichen Kenntnisnahme teilen wir Ihnen mit, dass dieser Sachverhalt auch umgehend an internationale Ermittlungsbehörden gereicht wird.

**Aufgrund der besonderen Schwere ,der hier vorliegenden Straftaten, und wegen der offenkundigen Involvierung der Kirche, wird diesbezüglich auch allen internationalen Einrichtungen dieser Vorfall bekannt gemacht, da der Kirche offenkundig alle Verträge mit ihren Rechtsfolgen**



administrative Regierung Freistaat Preußen  
über Zentralverwaltung Freistaat Preußen

Poststelle Auswärtiges Amt Freistaat Preußen

bekannt sind und dies umso schwerer wiegt, wenn die Kirche, die im Namen von JESUS CHRISTUS und GOTT dem Allmächtigen, Wahrheit, Gerechtigkeit und bedingungslose Liebe zu Allem was sie

predigt, und dann Mittäter einer kriminellen Vereinigung ist, die die Zivilbevölkerung versklavt, plündert, diskriminiert und vernichtet nach dem Prinzip herrsche und teile!

Die administrative Regierung des Freistaat Preußen wird dieses Schreiben in öffentlich rechtlichem Interesse auf Wunsch der Zivilbevölkerung wegen dem öffentlichen Nachweis der gegen die Straftäter eingeleiteten Maßnahmen zur Strafverfolgung über das **Auswärtige Amt des Freistaat Preußen** veröffentlichen.

gegeben zu Niederkrüchten am 26.September des Jahres 2014

administrative Regierung Freistaat Preußen  
Bereich besondere Aufgaben

*Salome a.d. D. Weg*



## Letzte Transaktion

Datum	Uhrzeit	Typ	Station-ID	Dauer	Seiten	Ergebnis
Digitales Fax						
26 Sep	13:10	Fax ges.	06115512141	15:11	29	OK

## Erste Seite d. gesendeten Faxnachricht



administrative Regierung Freistaat Preußen  
über Zentralverwaltung Freistaat Preußen  
Poststelle Auswärtiges Amt Freistaat Preußen

Bundeskriminalamt  
BKA Präsident Herr Jörg Ziercke  
Thaerstraße 11  
65173 Wiesbaden  
Tel.: +49 (0)611 55-0  
Fax: +49 (0)611 55-12141  
zur Strafverfolgung und Weiterleitung an zuständige Bundesbehörde

Betrifft: Anordnung des obersten Souverän nach Staatsrecht und Strafrecht des Freistaat Preußen  
Rechtsstand 18. Juli 1932, Verfassungsstand 30. November 1920 und nach Völkerrecht [Artikel 25  
Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949] gegen die Geschäftsführerin der privaten  
Firma NRW, sich als Ministerpräsidentin ausgebende Frau Hannelore Kraft und den sich als Erzbischof von  
Köln ausgebenden Herrn Rainer Maria Woelki wegen offenkundigem Wahlbetrug, Regierungsbetrug,  
Landesverrat und Hochverrat gegen das Volk des Freistaat Preußen und den Völkern der anderen  
Bundesstaaten, die ganz offenkundig und offiziell bis heute und unverjährbar durch das [Grundgesetz Artikel  
116 Absatz 2 in Verbindung mit Artikel 25 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai] mit  
allen völkerrechtlichen Verträgen fort bestehen und deshalb auch gegen die private Firma Bundesrepublik  
Deutschland wegen der illegalen Übertragung trotz fehlender Legitimation von fremden Staatsrechten auf  
Privatfirmen wegen Friedensverrat, da diese von den Alliierten eingesetzte Verwaltung offenkundig  
verpflichtet war, den mit der angestrebten Zielsetzung des Friedensvertrages originalen völkerrechtlichen  
Zustand wieder her zu stellen.  
Das ist auch Hochverrat der Länder gegen den Bund, Täuschung im internationalem Rechtsverkehr und aller  
weiteren nationalen und internationalen Straftaten, wegen der durch diese Organisationen angewiesenen  
Leugnung der Existenz des Freistaat Preußen, laut den auch Ihnen dazu bereits in vielfacher Form  
vorliegenden Straftatbeständen, deren Strafverfolgung die Zivilbevölkerung in öffentlich rechtlichem  
Interesse fordert.

Sehr geehrter Herr Ziercke,

als Anlage erhalten Sie die ausführliche Darlegung der Straftaten, welche nun unverzüglich zu verfolgen sind.

Zur wesentlichen Kenntnissnahme teilen wir Ihnen mit, dass dieser Sachverhalt auch umgehend an  
internationale Ermittlungsbehörden gerichtet wird.

Aufgrund der besonderen Schwere, der hier vorliegenden Straftaten, und wegen der  
offenkundigen Involvierung der Kirche, wird diesbezüglich auch allen internationalen Einrichtungen  
dieser Vorfall bekannt gemacht, da der Kirche offenkundig alle Vorträge mit ihren Rechtsfolgen